

Protokollauszug

aus der

8. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 28.05.2020

öffentlich

Top 4 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

UAJHP:

Herr Ströber berichtet vom UA JHP am 19.05.2020. Die Gruppe hat sich mit der letzten Sitzung des JHA beschäftigt. Es wird dringend ein stärkerer politischer Diskurs gefordert und mehr gemeinsame Meinungsbildungsprozesse, so dass der JHA nicht nur beschließend reagiert.

Weiterhin war der Krisenmodus Thema. Die Gruppe hat sich mit den Mehrbedarfen an Technik und Personal auseinandergesetzt und nochmal unterstrichen, dass die Bedarfe eruiert werden müssen und der Hauptinitiator die Schule sei.

In einem Schreiben an die Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII (**Anhang 2**) wird der aktivere Meinungsaustausch erbeten. Womit solle sich der JHA beschäftigen, Lösungsvorschläge einbringen, ggf. Teilnahme der Arbeitsgemeinschaften im UA.

Der UA einigte sich darauf, dass die Sitzungen stets als Präsenzveranstaltung stattzufinden haben, weil Videokonferenzen in der Verwaltung nicht erlaubt und technisch auch nicht möglich sind. Seit dem 28.05.2020 stehe jedoch laut Frau Aubel dem Geschäftsbereich 2 ein Laptop dafür zur Verfügung.

Themen für den nächsten UA sollen die Kooperation/Kommunikation zwischen dem Geschäftsbereich 2 und Geschäftsbereich 3 sein sowie die Struktur und Aufgaben der vorhandenen Arbeitsgruppen und Arbeitsgemeinschaften.

AG 78 Kita

Frau Frenkler erläutert zur Situation in der Kindertagesbetreuung im Zuge der Covid-19-Pandemie, zu KitaFR ab 01.01.2020 und zur EBO (**Anhang 3**).

Frau Aubel ergänzt, dass eine Teststrategie seitens des Landes für Schulen und Kitas entwickelt werden soll. Fraglich ist jedoch die Aussagekraft der Tests, wer die Kosten für die flächendeckende Testung tragen wird und ob das Persönlichkeitsrecht verletzt wird, wenn alle getestet werden sollen.

Auf den Einwand von Herrn Ströber hin, dass auch die Jugendhilfe berücksichtigt werden solle, erwidert Frau Aubel, dass das Land Brandenburg Schule und Kita betone und die Jugendhilfe dabei nicht nenne. Darauf habe sie sich bezogen.

PAUSE 17.50-18.00Uhr

AG HzE:

In den stationären Einrichtungen besteht Personalbedarf in Bezug auf die Wohngruppen. Es müssen bei einer 9er Gruppe immer mindestens zwei pädagogische Fachkräfte im Dienst sein, ansonsten ist die Beschulung nicht zu leisten. Da die Hausbeschulung digital erfolgt, benötigen die

Gruppen zusätzliche Laptops, dazu gab es bereits eine Abfrage, aber noch keine Antwort. Durch die Kontaktbeschränkung steigt der Instandhaltungsbedarf in den Wohngruppen, die Kinder und Jugendlichen sind nicht genügend ausgelastet, dies ist in einer 9er Gruppe mit einer Altersspanne von 4 bis 18 Jahren auch nicht möglich. Es ergeben sich Fragen: Was ist während einer angeordneten Quarantäne? Da werden mindestens 2 Mitarbeiter*innen über zwei Wochen im 24h-Dienst benötigt. Dies gibt der Gruppenschlüssel nicht her. Was ist mit den Mitarbeiter*innen, die zur Risikogruppe gehören? Der Träger kann eine Freistellung nicht refinanzieren.

Im ambulanten Bereich wurden die Hilfen wieder „hochgefahren“. Kinderschutzfälle wurden wie gehabt mit persönlichem Kontakt bearbeitet. Problemlagen in den Familien verdichten sich als Folge der Isolation und des eingeschränkten Besuches von Schule und Kita. Kinderschutzberatung findet statt. Auch im Mai war eine Pauschalfinanzierung in diesem Bereich möglich – Dank an den Fachbereich für die schnelle und unbürokratische Vorgehensweise.

AG JuFö:

Seit der Corona Krise habe keine persönliche Sitzung mehr stattgefunden, diese sei für Juni geplant. Während der Schließung haben alle Clubs digitale Angebote zur Verfügung gestellt, das Erreichen der Jugendlichen gestaltete sich jedoch sehr schwer. Die Clubs vermelden, dass die mediale Infrastruktur sehr schlecht sei. Die Verteilung der Schutzmittel im Zuge der Hygienemaßnahmen über das Ernst-von-Bergmann Klinikum verlief unkompliziert, es gebe aber jetzt bei der Bestellung von z.B. Seifenspendern bei entsprechenden Firmen lange Lieferzeiten. Frau Tietz fragt an, ob es die Möglichkeit der Förderung von Sachkosten gibt, da die Budgets dafür aufgrund der zuvor genannten coronabedingten Bedarfe bald ausgeschöpft sind. Sie berichtet weiterhin, dass mittlerweile alle Clubs wieder geöffnet hätten und ein positives Feedback geben können. Die Verunsicherung der Mitarbeiter sei jedoch weiterhin da.

Viele setzen Gartenprojekte um und Frau Tietz betont, dass der Einsatz des KIS benötigt werde, da die Außenanlagen gewartet werden müssten. Abschließend stellt Frau Tietz die Frage, wer die Umsetzung des Hygienekonzeptes übernimmt. D.h. müsse ein Mitarbeiter des Clubs dies übernehmen und der Club bleibt folglich eine Stunde länger geschlossen, um das zu gewährleisten oder kann das zentral über eine Reinigungsfirma erfolgen?

In der anschließenden Diskussion fordert Herr Ströber eine Zulage für die Träger zur Reinigung. Herr Otto fragt, wie sich die Clubs auf die Sommerferien vorbereiten. Es gäbe laut Frau Tietz noch Zurückhaltung in der Planung der Sommerferienausflüge aufgrund der Corona-Krise, Frau Aubel plädiert an dieser Stelle die Zurückhaltung aufzugeben und Pläne zu schmieden. Im Zuge dessen verweist Frau Parthum auf den Ferienpass (Ferienplan, Gutscheine, etc.) und dass die Angebote auf der Homepage (www.ferienpass-potsdam.de) jederzeit erweitert werden könnten.

RegAG1:

Herr Rühling gibt die Rückmeldung aus den Horten, dass ein erhöhter Personalaufwand bestehe. Weiterhin bittet er dringend um Klärung der FörderPlusprojekte (Vgl. Sonstiges). Für die Gestaltung der Sommerferien werden zur Umsetzung der Projekte mehr finanzielle Mittel benötigt.

RegAG2:

Die AG hat nicht getagt. Durch den Lockdown waren die Kommunikation und Vernetzung mit den Angeboten der einzelnen Träger eingeschränkt. Es gab kaum eine Übersicht über regionale Angebote zur Unterstützung der Zielgruppe Kinder und Jugendliche (welche sind gerade da, eingeschränkt nutzbar, online zu erreichen, neu geschaffen z.B. Druckservice für Kids, Technikausleihe für das Homeschooling etc.). Die Kommunikation zwischen den Systemen Schule und Jugendhilfe erwies sich als schwierig. Auch das Aussetzen der Gremien ist schwierig und zeigt deutlich, dass die digitale Kommunikation (Videokonferenzen etc.) ausgebaut werden müssen, damit die Vernetzung und Planung nicht ins Stocken geraten. Gerade auch im Blick auf Präventionsangebote/psychische Unterstützung/Lebensplanung und Beratung.

RegAG3:

Es erfolgte keine Berichterstattung.